

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)

– Forderungen der Teachers for Future –



● Präambel

BNE ist Bildung für eine global nachhaltige Zukunft. Im Kern geht es um fachlich gestütztes erfahrungsbasiertes Lernen mit dem Ziel, Zukunfts- und Gestaltungskompetenzen bei allen Beteiligten zu fördern, um die notwendige gesellschaftliche Transformation bis 2030 voranzubringen.

BNE umfasst im Sinne des *Whole Institution Approach* drei Ebenen:

1. Die Vermittlung von Wissen für die nachhaltige Gestaltung unserer Welt. Hierzu gehören nicht nur entsprechende Inhalte, sondern auch zukunftsweisende Lernformate, innovative methodische Herangehensweisen und ko-kreative Prozesse zwischen Lehrenden und Lernenden.
2. Der Anspruch, dass schulische Lernorte sich in Reallabore und Modelle für zukunftsfähiges Zusammenleben verwandeln und Schulen zu nachhaltigen, klimaneutralen Orten werden.
3. Die Entwicklung von Handlungskompetenzen bei allen Beteiligten, vor allem aber der jungen Generation, um Politik selbstwirksam im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft mitzugestalten und so einen aktiven Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Transformation zu leisten.

EBENE 1 – VERMITTLUNG VON WISSEN UND KOMPETENZ

● Räume und Ressourcen für BNE

Vermeehrt finden Projekte und Aktionen im Rahmen der Nachhaltigkeitsbildung an Schulen statt. Auch im fachbezogenen Unterricht werden mehr und mehr BNE-Themen aufgegriffen und vermittelt. Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise sind die Schulen jedoch noch weit von dem entfernt, was bildungspolitisch notwendig ist und den Ländern auch durch die Deutsche Unesco-Kommission, durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und auch zum Teil durch die Kultusministerkonferenz selbst nachdrücklich empfohlen wird (Nationaler Aktionsplan BNE von 2017, Roadmap BNE2030 von 2020, Berliner Erklärung von 2021). Um diese Ziele, auch im Sinne des SDG4 *Hochwertige Bildung*, zu erreichen, brauchen wir an den Schulen fest verankerte Strukturen und innovative Lernformate, die die geforderte Umsetzung von BNE ermöglichen und unterstützen. Dazu gehören konkrete inhaltliche und zeitliche Räume für BNE-relevante Themen und Aktionen, die fest in der Stundentafel verankert sind (z.B. das Lernformat FREI DAY, der Klima-Freitag o.ä.), sowie entsprechende personelle Ressourcen für den Wandel unserer Schulen zu einer tatsächlich nachhaltigen Infrastruktur und zu einem anschaulichen Lernort für Kinder und Jugendliche.

● BNE-Fortbildungen für alle Pädagog*innen in ihrer Rolle als Multiplikator*innen

Damit BNE an Schulen vermittelt werden kann, fordern wir mit der UNESCO-Roadmap von 2014 eine Verankerung von verpflichtenden Fortbildungen und von Austausch- und Unterstützungsangeboten für alle Lehrkräfte im Bereich BNE in allen Phasen der Lehrer*innenaus- und weiterbildung. Neben BNE-Inhalten geht es um eine beteiligungsorientierte Pädagogik, Didaktik und Methodik. Dazu gehören die Förderung echter Partizipation der Schüler*innen an der Gestaltung ihrer Zukunft (*epistemic fit*), ebenso wie eine Kommunikation auf Augenhöhe, eine Stärkung der Ambiguitätstoleranz angesichts komplexer Herausforderungen, sowie die Schaffung von geistigen Freiräumen, die es ermöglichen, vom Wissen zum Handeln zu kommen.

● **Bildungspläne für die Zukunft gestalten**

Um in angemessener Weise im schulischen Alltag Zeit für BNE zu schaffen, ist es notwendig, innerhalb der Bildungspläne nachhaltigkeitsorientierte Themen zu priorisieren. Neben der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte brauchen die Schulen vor allem Zeit und Raum, um BNE in angemessenem Umfang umzusetzen. Denkbar wäre hier auch eine Kürzung des Fachdeputats um ein bis zwei Stunden. Der so entstehende BNE-Stundenpool könnte von den Kollegien dafür genutzt werden, ein auf die Bedarfe der jeweiligen Schule individuell angepasstes Konzept zur BNE-basierten Schulentwicklung zu erstellen und umzusetzen.

● **Leistungen in BNE als gleichwertig anerkennen**

BNE ist in ihrer Methodik primär projektorientiert und zielt auf die Ausbildung von Gestaltungs- und Zukunftskompetenzen, die als notwendig erachtet werden, um die großen Herausforderungen der Gegenwart – Klimakrise, Verlust der Artenvielfalt, Demokratiekrise – zu bewältigen. In diesem Sinne ist es dringend notwendig, BNE-Projekte als gleichwertige Unterrichtsleistungen zu betrachten. Hierfür sind entsprechende Prüfungs- bzw. Bewertungsformate gefragt, die durch passende Methodik zukunftsorientierte Kompetenzen fördern und die Leistungen von Schüler*innen im Bereich BNE anerkennen.

EBENE 2 – SCHULE ALS NACHHALTIGER ORT

● **BNE-Koordinator*innen an jeder Schule**

Schulen müssen nachhaltige Lernorte sein, um ihrer gesellschaftlichen Funktion als Sozialisationsraum der Zukunft gerecht zu werden. Dafür brauchen wir professionell geschulte und gut vernetzte BNE-Koordinator*innen an allen Schulen, die Mitglied der erweiterten Schulleitung und entsprechender Schulentwicklungsgremien sind, um BNE wirkungsvoll an jeder Schule in die gängige Praxis integrieren zu können. Die Koordinator*innen haben den Überblick über die BNE-Aktivitäten an ihrer Schule, sorgen für eine schulinterne Koordination derselben und weisen auf mögliche Leerstellen und Entwicklungsbedarfe hin. Durch eine schulübergreifende Vernetzung können sie wertvolle Impulse und Best-Practice-Beispiele in die Entwicklung ihrer eigenen Schule einbringen. Die zeitlichen Ressourcen für ihre Arbeit müssen in Form einer angemessenen Deputatsentlastung fest eingeplant werden.

● **Schulträger übernehmen Verantwortung für die Ausgestaltung klimaneutraler Schulen**

Schulen als öffentliche Institutionen müssen auf dem Weg zur Klimaneutralität mit gutem Beispiel vorangehen. Schulträger müssen finanziell so ausgestattet und von Expert*innen beraten werden, dass sie dafür sorgen können, Schulen bis 2035 klimaneutral und in ihrer Beschaffung und Bewirtschaftung in jedem Bereich nachhaltig zu gestalten. Diese Anstrengungen können nicht einzelnen engagierten Lehrkräften überlassen werden. Das Prinzip der Freiwilligkeit und des ehrenamtlichen Engagements einzelner Pädagog*innen bzw. Schulleitungen muss beendet und durch ein planvolles, zukunftsgerichtetes Handeln der gesamten Institution ersetzt werden.

EBENE 3 – POLITISCHE HANDLUNGSKOMPETENZ STÄRKEN

● Klare Signale und positive Verstärkung

Im Weltaktionsprogramm BNE der Unesco wurde bereits 2014 konstatiert, dass politische Unterstützung auf allen Ebenen dringend notwendig sei, „um ein günstiges Umfeld für BNE zu schaffen und eine systematische Veränderung zu bewirken“ (Prioritäre Handlungsfelder/Handlungsfeld 1). Ergänzend dazu wurde genau die „Stärkung und Mobilisierung der Jugend“ gefordert, wie wir sie mit der Fridays-for-Future-Bewegung in den letzten Jahren erlebt haben. Die bei Fridays for Future engagierten Schüler*innen sind Vorbilder für das zivilgesellschaftliche Engagement zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens. Jugendliche, die sich zum Beispiel bei Fridays for Future oder im Jugendrat der Generationenstiftung einbringen, handeln vorbildlich im Sinne des im Schulgesetz verankerten Ziels, Schüler*innen zu politisch mündigen Staatsbürger*innen zu erziehen.

Als Jugendbewegung ist Fridays for Future in den vergangenen Jahren im Sinne des *social movement learning* selbst zu einem bedeutenden informellen Lernort geworden und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung von BNE. Die Schulen haben hier dringenden Aufholbedarf, und es bedarf klarer, positiver Signale von Seiten der Kultusministerien, um das Thema Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit an die Schulen zu bringen und dort strukturell zu verankern.

● Juristische Klarheit und Sicherheit für BNE-basierte Lernformate

Zukunftsweisende Lernformate wie der bereits in allen Bundesländern und Schulformen pilotierte FREI DAY sind wichtige Modellversuche der praxisorientierten BNE an Schulen. Damit Schulleitungen und Kollegien ermutigt werden, im Sinne der BNE ihren pädagogischen Auftrag zu erfüllen, brauchen sie juristische Sicherheit, sowie Rückendeckung und aktive Unterstützung durch die Ministerien und Schulaufsichtsbehörden, wie dies z.B. in Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz bereits der Fall ist. Häufig kommen Schulen ihrem Auftrag, BNE umzusetzen, auch deshalb nicht angemessen nach, weil sie sich trotz Papieren wie dem Nationalen Aktionsplan BNE oder der Berliner Erklärung – sofern solcherlei Dokumente den Schulleitungen oder dem Kollegium überhaupt bekannt sind – auf Länderebene schulrechtlich noch immer in einer Grauzone bewegen.

● Politische Bildung praxisorientiert

Um den Krisen unserer Gegenwart angemessen zu begegnen, brauchen wir *change agents*, die den gesellschaftlichen Wandel voranbringen, wie er in den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen beschrieben wird. Es ist daher essenziell, auch Schüler*innen und Lehrkräfte zu solchen Agent*innen des Wandels auszubilden. Im Kontext von Modellprojekte wie Klima-Aktiv oder informeller Lernorte wie Fridays for Future erleben und lernen Schüler*innen selbstbestimmt und nach dem *learning by engagement*-Prinzip, nicht-nachhaltige Praktiken oder Strukturen zu verändern, treten in direkten Kontakt mit Entscheidungsträger*innen, organisieren Kundgebungen oder halten Demo-Reden. Wir brauchen im schulischen Alltag mehr Frei-Räume für eine in diesem Sinne praxisorientierte demokratische Bildung und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Eine politische Bildung, die im Planspiel endet, ist keine ausreichende politische Bildung. Stattdessen muss BNE durch eine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen über die Grenzen der Schule hinaus in der Gesellschaft wirksam werden.

● Demokratiebildung for Future

Die Klimakrise verschärft die Demokratiekrise. Um der Gefahr einer Radikalisierung zu begegnen, müssen Politik und Schule den legitimen, auf demokratischem Wege geäußerten Forderungen einer ganzen Generation nachkommen. „Wir streiken, bis ihr handelt!“ – mit diesem Leitspruch verorten Fridays for

Future sich eindeutig innerhalb der bestehenden staatlichen Ordnung und bekommen Rückendeckung durch das Bundesverfassungsgericht. Sie bilden so zugleich einen wirksamen Gegenpol zu einem erstarkenden autoritären Nationalradikalismus, der die offene Gesellschaft und die freiheitlich-demokratische Grundordnung bedroht. Die Politik sollte sich dessen bewusst sein und schulische Räume für zukunftsfähige und konstruktive politische Einmischung der Kinder und Jugendlichen aktiv unterstützen.

- **BNE muss in die schulischen Gremien**

BNE muss in Gesamtlehrer*innenkonferenzen und Schulkonferenzen ab sofort ein verpflichtender Tagesordnungspunkt werden sowie in der Zusammenarbeit mit der SMV. Dem Partizipationsdefizit der jungen Generation, die von den Auswirkungen der Klima- und Biodiversitätskrise am stärksten betroffen sein wird, ist durch eine deutlich stärker partizipative schulische Gremienarbeit Rechnung zu tragen. Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht zuletzt aus dem „Klima-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom April 2021.

- **Einrichtung eines Think-Tanks auf Ebene der Kultusministerien**

Ein regelmäßig tagendes Gremium aus ministeriell Zuständigen und fachlich engagierten Vertreter*innen aller am Schulleben Beteiligten (Schulleitungen, Lehrkräfte, Schüler*innen, Eltern, Schulträger, zivilgesellschaftliche Bildungsinitiativen) ist auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene einzurichten. Dort sollen die unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen und Bedarfe im BNE-Kontext erfasst und konstruktiv weiterentwickelt werden. Das Gremium formuliert konkrete Vorschläge für die notwendigen Änderungen auf allen Ebenen des schulischen Lebens.